

Konkurrenz Lohnarbeit Ideolog
 Grundeinkommen Praxis Arbeitspla
 Casino Theorie Krieg Übergan
 Krise Umwelt Grenze
 Kooperation Freier Markt
 esellschaft Anerkennung Ware
 Freiheit Gewerkschaft Politik
 Standortlogik Konkurrenz
 Widerstand Protest Konkurrenz
 xistenz Freiraum Bewegung
 evolution Streik Spekulation
 viduum Kapitalismus Reform
 Jeoliberalismus Elite
 emonstration Konkurrenz Perspektive
 Kontrolle Alternat
 Kritik Bildung Bündni
 Produktionsweise Verwertbarkeit
 Besetzung Kürzung Solidarität
 Assoziation freier Produzenten

Krisendemo "Wir zahlen nicht für eure Krise"
 am 12.06.2010, 10 Uhr Stuttgart
 Lautenschlagerstraße (nähe Hbf)

Bildungstreikdemo 09.06.2010
 10 Uhr Stuttgart Lautenschlagerstraße



Jeder Widerstand verschiebt die Grenze des Machbaren

Gegen die Krise sein, heißt gegen die kapitalistische Produktionsweise und ihre jeweilige spezifische, historisch gewachsene Vergesellschaftungsform zu sein. Denn die Krise ist kein „Unfall“, eine Abweichung von einer halluzinierten vorkrisenhaften Normalität. Die Krise wurde eben nicht, wie landauf und landab von neuen und alten „Kapitalismuskritiker_innen“ mit einem Reflexionsniveau eines beschlagenen Spiegels verkündet wird, durch individuelle Gier, durch Spekulanten oder den Neoliberalismus verursacht, sondern Krisen sind immanenter struktureller Bestandteil der kapitalistischen Produktionsweise. Mit der Forderung nach ihrer Überwindung wollen wir auch eine Vorstellung einer Alternative entwickeln und diese mit dem Wissen, dass es kein richtiges Leben im falschen gibt, auch heute schon leben.

Arbeit und Leistung als Ideologie

Der Kapitalismus beruht auf der Ausbeutung von menschlicher Arbeit in der Gestalt von Lohnarbeit. Zugleich erzwingt es die ständige Einsparung dieser Arbeit. Dieser Widerspruch muss periodisch zu Krisen führen. Dieses System macht einerseits Lohnarbeit immer mehr überflüssig, andererseits ist sie nach der hegemonialen Ideologie, die einzige vorstellbare Form von menschlicher Tätigkeit überhaupt.

Bei allen Differenzen bezogen auf die inhaltliche Ausgestaltung von Arbeit, sind sich alle politischen Kräfte in ihrem positiven Bezug auf die gesellschaftliche Formbestimmung der Arbeit als Lohnarbeit einig.

Sie durchzieht alle gesellschaftlichen Bereiche, auch das Bildungswesen.

In der Krise kommt diese Ideologie deutlich zum Vorschein, aber sie ist auch in Phasen der wirtschaftlichen Stabilität wirkmächtig: Sie setzt Lohnarbeit und Leistung nicht zur Disposition. Die Hetze gegen Griechenland und gegen Hartz IV Empfänger_innen baut darauf genauso auf, wie die Programme sämtlicher Parteien. So las man auf den letzten Wahlkampfplakaten, dass sich Arbeit wieder lohnen muss (FDP). Die CDU fordert *Arbeit schützen und schaffen, da sozial ist, was Arbeit schafft*, während der Linkspartei einfach *Arbeitsplätze sichern* möchte und die SPD konstatiert: *Arbeit braucht faire Löhne*. Die Grünen vermuten im *Green New Deal* das neue grüne Jobwunder. Und auch die Forderung *fairer Lohn für gute Arbeit* (ver.di) setzt hier natürlich genauso auf die Stabilisierung des Lohnarbeitsverhältnisses.

Alle Parteien, Seite an Seite mit den Gewerkschaften, haben es sich also zum Ziel gesetzt, *um jeden Arbeitsplatz zu kämpfen* (CDU) und damit das Ausbeutungsverhältnis, in dem sich die Menschen in allen Beschäftigungsverhältnissen der Form nach notwendig befinden, zu manifestieren.

Die notwendige Existenzbedingung des Menschen, dass er nicht umhin kann im Verhältnis zu seiner Umwelt tätig zu werden, wird soweit pervertiert, dass der Mensch notwendig (lohn)arbeiten muss, um sich gesellschaftlich verantwortungsvoll zu verhalten. Die für das Leben notwendigen Tätigkeiten werden nur in der Kategorie der Lohnarbeit gefasst und damit wird der Anspruch an jede_n gestellt, sich der Lohnarbeit unter zu ordnen. Das Verhältnis des Menschen zu der Gesellschaft wird damit darüber bestimmt, wie viel er für die Gesellschaft in Form von Lohnarbeit geleistet hat und es wird ein Normativ geschaffen, das sich den Menschen immer nur in der Lohnarbeit oder auf dem Weg dorthin vorstellen kann: in einem Beschäftigungsverhältnis oder als Schüler_in, Student_in oder im Sinne des *life-long-learning* in einer Fortbildung. Ist der Mensch "arbeitslos", dann ist dies nur eine Ausnahmesituation des Lebens zwischen dem letzten und dem nächsten Job. Oder aber er kümmert sich um die Aufrechterhaltung der Arbeitskraft seiner Nächsten und entlastet - etwa als Hausfrau oder Hausmann - den Sozialstaat. Solche Bestimmungen gipfeln dann in der Aussage: *Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen* (Franz Müntefering) und sprechen damit "Arbeitslosen" jede Daseinsberechtigung ab. Lebenspläne, die sich hier nicht einordnen lassen, können gesellschaftlich nicht anerkannt werden.

Aber genau diese Ideologie entfernt sich immer mehr von den gegenwärtigen Lebensumständen. So verlieren viele Menschen ihre Arbeitsstelle und werden nie wieder ins Arbeitsleben zurückkehren: Die Vorstellung von Vollbeschäftigung kann nichts weiter als ein Märchen sein, das wir nicht als wünschenswert betrachten. Wir befinden uns damit in einer Situation, die eine Chance in sich birgt, wenn man bereit ist, die vorherrschende Logik abzulegen und den Existenzbedingungen der Menschen in einer neuen Weise zu begegnen.

Wieso einen Bildungsblock bilden?

Der erste Gedanke, der sich bei einem Bildungsblock auf einer Krisendemo aufdrängt, ist sicherlich derjenige, mehr Geld für die Bildung zu fordern. Als eine Art Lobbyverband für die Bildung wird dann lautstark postuliert, dass gerade Kürzungen in der Bildung die Situation verschärfen und die Leidtragenden solcher Kürzungen diejenigen sind, die sowieso nichts haben.

Wir sind aber der Meinung, dass es nicht das Ziel sein kann, jeder und jedem den gleichen Zugang zu Bildung zu verschaffen, damit sie und er sich dann mit den gleichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt verkaufen kann. Das Problem ist das Ziel, das Bildung in dieser Gesellschaft verfolgt und nicht nur die fehlende Chancengleichheit, die in der BRD mit dem dreigliedrigen Schulsystem besonders eklatant ist. Vielmehr befinden wir uns in einem Wettkampf auf einer Rennstrecke, bei dem durch die Forderung nach Chancengleichheit nur die Starblöcke auf gleiche Höhe verschoben werden, ohne den Wettkampf als Ganzen in Frage zu stellen.

Die Forderung von Chancengleichheit ist niemals ein Angriff auf die die Gesellschaft bestimmenden Normen, doch gerade diese Normen sollten hinterfragt werden.

Ist die Perspektive die Überwindung des Gegenwärtigen, dann setzen unsere Forderungen nicht auf der Ebene der Finanzierung an, sondern schon dort, wo die Ideologie an der Universität und auch an Schulen und Kitas zum Vorschein tritt.

Die Situation an der Uni Stuttgart ist besonders prekär. Seit einem Jahr kämpfen Studierende hier gegen die Pläne des Rektorats, die Geistes- und Sozialwissenschaften zusammen zu streichen, was ihrer faktischen Abschaffung gleich käme. Mit der Exzellenzinitiative ist ein Wettbewerb zwischen den Universitäten losgetreten worden, der sie zu einer Spezialisierung zwingt und Institute in Forschungsfragen gegeneinander stellt, anstatt kooperativ zu werden. Unter diesen Bedingungen muss die Lehre leiden, da diese kein Kriterium für Exzellenz im Sinne der Exzellenzinitiative darstellt. Unter diesen Umständen wird die Daseinsberechtigung eines Instituts daran gemessen, was es für die Universität leistet und ganz schnell wird vergessen, dass die Universität mehr als die Summe ihrer Teile ist. Statt dessen wird sie zu einem hierarchisch geordneten Unternehmen, mit einem Rektorat an der Führungsspitze und dem Unirat in der Aufsichtsratsfunktion.

Auf der Ebene der Lehre hat sich in den letzten Jahren mit dem sogenannten Bologna Prozess eine Entwicklung vollzogen, die dem Studium eindeutig den Charakter einer Vorstufe auf das Berufsleben einschreibt. Die Arbeitszeitlast, die die Studierenden hier absolvieren sollen, beträgt über 40 Stunden in der Woche, Studienpläne werden anhand von Leistungspunkten erstellt, die für jedes Semester vorgegeben werden und sich in Arbeitsstunden umrechnen lassen. Damit wird eine direkte Verbindung von Leistung und Arbeit als ein einfaches quantitatives Verhältnis und einer legitimen Bewertungsgrundlage für ein ausreichendes Studium geschaffen, die allerdings vergisst, dass Lernen kein zeitlich messbarer und für jeden Menschen gleichermaßen ablaufender Vorgang ist.

www.linkehochschulgruppe.de

Unsere Treffen sind immer mittwochs 19 Uhr an der Uni Stuttgart, KII, Stock 2a, im ZFB.

Ab dem Wintersemester 2010/11 werden auch die Lehramtsstudiengänge modularisiert. An den zum Teil noch starreren Studienplänen als bereits in den Bachelor- und Masterstudiengängen, wird deutlich, dass es sich hier um eine Lehrerausbildung handeln soll. Wissen wird instrumentell zur Wissensweitergabe vermittelt. Es ist offensichtlich, welche Konsequenzen eine solche Lehrerausbildung für das ganze Bildungswesen haben wird. In der Regel wird ein Lehrer nicht mehr aus einem autoritären Lernsystem herauskommen, da er direkt von der Schule in ein verschultes Studium gerät, um dann wieder zurück zur Schule zu kehren.

Die Entwicklung hin zur "Lehrerausbildung" macht wieder einmal deutlich, welchen Zweck die Universität und alle anderen Bildungseinrichtungen verfolgen: Auch ohne auf Drittmittel zu verweisen und Kooperationen von Universität und Unternehmen anzuprangern, wird deutlich, die Universität und die Arbeitswelt sind immer durch den Zweck der Bildung als (Aus)Bildung der Ware Arbeitskraft aneinander gekoppelt.

Deshalb sehen wir es als wichtige Aufgabe an, einen anderen Bildungsbegriff und Perspektiven für eine emanzipierte Gesellschaft zu entwickeln.

Zentral dabei ist es die kapitalistische Produktionsweise in ihrer historisch gewordenen Form zu analysieren.

Bedingungslose Grundsicherung für alle, statt Leistungs- und Arbeitszwang.



Veranstaltungen im Sommersemester

Mi. 30.06, 19 Uhr, Raum 1.08: Vortrag und Diskussion - **Burschen (he)raus? Welche Funktionen hat eine studentische Verbindung in einer modernen Gesellschaft?** Mit Stephan Peters.

voraus. Anfang Juli Film, Vortrag und Diskussion - **EZLN, Chiapas und die Zapatistas**

Di. 13.07, 19 Uhr, Raum 1.08: Vortrag und Diskussion - **Der neoliberale Sozialstaat: Hartz IV und Aktivierung.** Mit Prof. Stephan Lessenich

Mi. 14.07, 19 Uhr; Vortrag und Diskussion - **Was heißt kritische und emanzipatorische Bildung heute?** Mit Prof. Michael Weingarten und Dr. Annette Ohme-Reinicke.

Alle Veranstaltungen finden an der Universität Stuttgart in der Keplerstraße 11 (K1) statt. Veranstaltungstexte und aktuelle Infos zu den Veranstaltungen auf unserer homepage: www.linkehochschulgruppe.de